

Bilanz: Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

September 2014



Mein Berliner Büro (v.l.): Philip Bokelmann, Jonny Kumar, Ria Schulz, ich, Alexander Jackson, Katharina Rock, Martin Lazarus, Johannes Dehn

Liebe Bürgerinnen und Bürger des Wahlkreises Hochtaunus/Oberlahn,

seit einem Jahr habe ich die Ehre und Freude, Sie im 18. Deutschen Bundestag vertreten zu dürfen. Am 22. September 2013 haben Sie mir zu 48,8 % aller Erststimmen verholfen und mir somit die Möglichkeit gegeben, mich für Sie und Ihre Interessen in Berlin einzusetzen. 365 Tage nach der Bundestagswahl möchte ich Bilanz ziehen und fasse in diesem Newsletter gerne die wichtigsten parlamentarischen Vorgänge zusammen. Darüber hinaus lade ich Sie herzlich ein, mit mir ins Gespräch zu kommen. Gerne stehe

ich Ihnen für Anregungen, Impulse, Rückmeldungen und Wünsche für die zukünftige Arbeit zur Verfügung. Sowohl national als auch regional im Wahlkreis Hochtaunus/Oberlahn hat sich in den letzten 12 Monaten einiges bewegt. Es sind zu viele Vorhaben, um sie in diesem Rahmen alle aufzuzeigen, aber die wichtigsten unter ihnen und diejenigen, die meine Ressorts betreffen, werden im Folgenden dargestellt. Ich freue mich auf die nächsten Jahre im Dienst der Bürgerinnen und Bürger!

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob

Ein Jahr nach den Bundestagswahlen: Was haben wir erreicht?

Wahlkreismobil: Einführung der mobilen Bürgersprechstunde in Hochtaunus/Oberlahn

P ünklich zum Jahresjubiläum der Bundestagswahl sind auch die Planungen für mein **Wahlkreismobil** abgeschlossen. Das Wahlkreismobil wird schon bald an den Start gehen. Damit möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises im Rahmen von **mobilen Bürgersprechstunden** zur Verfügung stehen. Ziel des Wahlkreismobils ist es, näher bei Ihnen, Ihren Wünschen und Anregungen zu sein. Während der Wahlkreiswochen, die schließlich die Hälfte des Jahres ausmachen, werde ich an bestimmten Tagen im Wahlkreis unterwegs sein und Sprechstunden anbieten. Wann ich bei Ihnen in der Stadt oder Gemeinde bin, werden Sie sowohl meiner Internetseite als auch den Ankündigungen in der Lokal- bzw. Regionalpresse entnehmen können. ■

Besuch aus dem Wahlkreis: Berlin-Fahrten aus dem Wahlkreis Hochtaunus/Oberlahn

I ch durfte in diesem ersten Jahr bereits zwei von drei **Besucherfahrten** veranstalten. Im April und Juli habe ich Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßt. Im Rahmen einer sogenannten BPA-Fahrt, die vom Bundespresseamt in Zusammenarbeit mit dem Bundestagsbüro organisiert wird, erkundeten Besucher aus meinem Wahlkreis Hochtaunus/Oberlahn für drei Tage das politische Berlin. Das Programm umfasst stets den Besuch des Deutschen Bundestags inklusive der Reichstagskuppel und des Plenarsaals. Anschließend diskutiere ich mit unseren Gästen über aktuelle politische Fragen, stelle meine Arbeitsgebiete vor und berichte allgemein über meine abwechslungsreiche Tätigkeit als Abgeordneter. →



Bereichert wird das feste Programm durch weitere Punkte, die von Fahrt zu Fahrt variieren. So standen bei den vergangenen Fahrten auch Besuche des Bundesministeriums des Innern, des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sowie des Deutschen Doms, aber auch des Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen oder des Hauses der Wannsee-Konferenz auf der Agenda.

Nicht nur im Rahmen des Programms der jeweiligen Fahrt können sich die Besucherinnen und Besucher mit mir und meinem Team austauschen, sondern auch bei gemeinsamen Abendessen gibt es Möglichkeiten, sich ange-regt zu unterhalten.

Leider ist es aufgrund des begrenzten Kontingents von 150 Plätzen nicht immer möglich, alle Fahrtwünsche sofort zu berücksichtigen. Dennoch werden wir weiterhin versuchen, möglichst viele Interessen und Interessenten bei unseren Fahrtplanungen einzubeziehen. ■

Reform der Lebensversicherungen

Ein zentrales Thema im ersten Jahr der 18. Legislaturperiode im Finanzausschuss war das **Lebensversicherungsreformgesetz**. Lebensversicherungen haben sich über viele Jahrzehnte als ein wichtiges und beliebtes Instrument zur Altersvorsorge bewährt. Allerdings wurde es in den letzten Jahren wegen der Niedrigzinsen immer schwieriger, ausreichende Kapitalerträge für ihre Kunden zu erwirtschaften. Mit dem im Juli verabschiedeten Gesetz zur Reform der Lebensversicherungen soll sichergestellt werden, dass alle Versicherungsnehmer die ihnen zugesagten Leistungen aus Lebensversicherungsverträgen erhalten.

Alle an einer Versicherung Beteiligten – also Versicherer, Aktionäre und Kunden – sollen einen Beitrag dazu leisten, dass Lebensversicherungen weiterhin eine solide Finanz-

grundlage haben. Es ist Aufgabe der Politik, einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Versicherten herbeizuführen. Bei den schwankenden Bewertungsreserven wird diese Notwendigkeit besonders deutlich. Im Gegensatz zu Aktien oder Immobilien, die in ihrem Wert dauerhaft steigen können, sind Bewertungsreserven auf Anleihen lediglich zeitlich begrenzte Buchgewinne. Eine Anleihe ist in der Regel am Tage der Fälligkeit wieder genauso viel wert, wie am Tage ihrer Ausgabe. Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen sind derzeit nur deshalb so hoch, weil wir uns in einer Niedrigzinsphase befinden. Es wäre daher ungerecht, wenn Kunden mit jetzt auslaufenden Verträgen von diesen Buchgewinnen profitierten und Inhaber später fällig werdender Verträge den Kürzeren zögen.

Eine Verbesserung der Versicherten stellt die Neuregelung in Bezug auf den Anteil an den Risikoüberschüssen dar, der um 15 % auf nunmehr 90 % steigen wird. Außerdem werden etwaige hohe Bewertungsreserven bei Staatsanleihen immer noch insoweit ausgezahlt, als die Ansprüche der verbleibenden Versicherungskunden nicht gefährdet werden.

Das gesamtpolitische Ziel dieses Gesetzes ist es, die Lebensversicherung als Kapitalanlage am Leben zu erhalten – nicht für die Versicherungswirtschaft, sondern für die Versicherten. Meiner Ansicht nach ist das Gesetz eine notwendige und vor allem ausgewogene Reaktion auf die derzeitige Niedrigzinsphase in Deutschland und der EU. ■

Reform der Förderung von erneuerbaren Energien

Auch das Vorhaben das **Erneuerbare-Energien-Gesetz** zu reformieren, war eine notwendige Aufgabe und wurde bereits im ersten Jahr der Legislaturperiode umgesetzt: die fünfte Novelle des EEG wurde am 27. Juni 2014 vom Bundestag verabschiedet. Mit einem Anteil von derzeit rund 25

Prozent an der Stromerzeugung ist Strom aus erneuerbaren Energien schon heute kein Nischenprodukt mehr, sondern ein bedeutsamer Teil der Stromversorgung. Mit der Novelle wird die Förderung von Wind, Sonne und Biomasse aber in vernünftigeren Bahnen gelenkt. Die neuen Regeln nutzen Verbrauchern und Unternehmen gleichermaßen. Ziel ist es, einen geordneten Ausbau der erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren zu gewährleisten, die Kosteneffizienz und die Wirtschaftlichkeit des Fördersystems zu erhöhen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie auch zukünftig zu sichern.



Bild: Harald Walter

Erstmals ist es gelungen, Mechanismen in das Gesetz einzubauen, die einen weiteren Anstieg der EEG-Umlagen bremsen werden. Es ist nicht allein Aufgabe der privaten Stromverbraucher, die EEG-Umlage zu finanzieren. Künftig werden daher Unternehmen noch mehr an der Förderung der erneuerbaren Energien beteiligt. Das Hauptgewicht beim Zubau wird ferner auf die Windenergie an Land und die Photovoltaik gelegt, unsere aktuell günstigsten erneuerbaren Technologien. So wird künftig der Eigenverbrauch für neue Eigenstromerzeugungsanlagen mit einem Teil der EEG-Umlage belastet. Damit soll die Flucht aus dem Fremdstrombezug zu Lasten der Allgemeinheit verhindert werden. Eine Sonnensteuer wird dagegen nicht eingeführt. Neue Photovoltaik-Anlagen bis zu einer Größe von

10 Kilowatt (d.h. Anlagen auf Ein- und Zweifamilienhäusern) bleiben auch weiterhin von der EEG-Umlage vollständig befreit. Größere neue Anlagen werden allerdings in Zukunft zum Teil an den Kosten der EEG-Umlage beteiligt. Im Gegenzug wurden aber die Vergütungssätze im EEG für die entsprechende Anlagengruppe erhöht, so dass die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen auch bei einer EEG-Umlage auf den Eigenstromanteil erhalten bleibt.

Ein wichtiger Bestandteil der Reform ist zudem eine stärkere Eingliederung der erneuerbaren Energien in den Energiemarkt. Wesentliche Elemente der geplanten Marktintegration sind die sofortige Einführung einer verpflichtenden Direktvermarktung und die Entwicklung eines Ausschreibungsmodells. Die Koalition erhofft sich mit der Novellierung des EEG eine Reduzierung des Anstieges bei der EEG-Umlage, damit Strom bezahlbar bleibt. ■

Mütterrente: Umsetzung eines der zentralen Wahlversprechen der Union

Auch für die Menschen, die unseren Wohlstand in Deutschland erwirtschaftet haben, haben wir in den ersten 365 Tagen der Koalition einiges erreicht. Am 29. Januar hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen, auch kurz **Rentenpaket** genannt. Dieses vier Komponenten beinhaltende Rentenpaket ist nach intensiver parlamentarischer Beratung bereits zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten.

Durch die Mütterrente, ein Herzensanliegen der CDU/CSU-Fraktion, verkleinern wir eine Gerechtigkeitslücke aus der Vergangenheit und erhöhen die Rentenpunkte für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, von einen auf zwei. Dies entspricht derzeit einer monatlichen Rentenerhöhung von 28,14

Euro im Westen und 25,74 Euro im Osten pro Kind. Es ist eine kleine Anerkennung für die große Erziehungsleistung unserer Großmütter und Großväter, Mütter und Väter, die in einer weit schwierigeren Betreuungssituation ihre Kinder großgezogen haben.



Bild: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann

Die Rente nach 45 Beitragsjahren sieht vor, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn diese 45 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, abschlagsfrei ab 63 Jahren in Rente gehen können. Für Bürgerinnen und Bürger, die nach 1953 geboren wurden, erhöht sich das Eintrittsalter um jährlich zwei Monate, sodass Menschen, die ab 1964 geboren wurden, abschlagsfrei ab 65 nach 45 Beitragsjahren in Rente gehen können.

Da die Erwerbsminderungsrenten in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken sind, aber die Betroffenen auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind, haben wir mit dem 01. Juli 2014 die Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente von 60 auf 62 Jahre erhöht. Zudem führt die Deutsche Rentenversicherung bei der Berechnung der Erwerbsminderungsrente die sogenannte Günstigerprüfung

ein. Das bedeutet, dass sich bei Menschen, die in ihren letzten Arbeitsjahren unterdurchschnittlich verdient haben, die schlechteren Verdienstjahre nicht negativ auf ihre Rentenhöhe auswirken.

Die vierte Komponente des Rentenpakets der großen Koalition sieht die Erhöhung des jährlichen Reha-Budgets rückwirkend vom 01. Januar 2014 um rund 100 Millionen Euro jährlich vor. Bis 2017 soll die zusätzliche Steigerung des Budgets 233 Millionen Euro im Jahr betragen. ■



Bild: Christiane Lang

Historische Wende in der Haushaltspolitik

Trotz der hohen Kosten von 160 Milliarden Euro durch das Rentenpaket bis 2030 verliert die unionsgeführte Koalition das Langzeitziel eines schuldenfreien Deutschlands nicht aus dem Blick. Die Haushaltsplanung der Koalition für die Jahre bis 2018 stellt dank CDU/CSU eine historische Zäsur dar. Der Entwurf zum **Bundshaushalt 2014** ist überzeugend: Die vorgesehene Nettoverschuldung von 6,5 Milliarden Euro ist die niedrigste seit 40 Jahren. Darin sind die Zahlungen der letzten Tranche in den Europäischen Rettungsschirm ESM in Höhe von 4,3 Milliarden Euro und der Einstieg in die Umsetzung der Maßnahmen, die nach dem Koalitionsvertrag Priorität haben, bereits enthalten. Strukturell erreicht der Bund ab dem Jahr 2014

sogar kleine Überschüsse. Ab dem Jahr 2015 wird die Bundesregierung erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Noch nie waren wir dem Ziel der dauerhaft ausgeglichenen Haushalte so nahe. Die erfolgreiche Politik setzen wir fort mit zusätzlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, den Städtebau, Bildung und Forschung, die Entwicklungszusammenarbeit und der Entlastung von Ländern und Kommunen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für weiteres Wachstum, Beschäftigung und für Vertrauen bei den Investoren.

Ausgeglichene Haushalte und eine Absage an eine Neuverschuldung sind eine Zusage an echte Generationengerechtigkeit! Diese erfolgreiche Haushaltspolitik der vergangenen Jahre werden wir auch in den verbleibenden drei Jahren fortsetzen. Das Ziel der CDU/CSU ist es, die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote bis 2017 auf unter 70 Prozent und in den nächsten zehn Jahren auf unter 60 Prozent zu reduzieren. ■

Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)

Trotz des Ziels einer schwarzen Null im Bundeshaushalt wird der Bund ab dem 1. Januar 2015 die Finanzierung des **BAföG** für Schüler und Studierende zu 100 Prozent übernehmen. Bisher hatten die Länder noch 35 Prozent der Kosten getragen. Pro Jahr werden die Länder dadurch dauerhaft um 1,17 Milliarden Euro entlastet. Die Länder haben zugesagt, die frei werdenden Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben für Hochschulen und Schulen zu verwenden. Sie können dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern und zum Beispiel unbefristete Professorenstellen einrichten oder die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses verbessern. Die Prioritäten setzen sie selbst. Fest vereinbart haben wir auch eine strukturelle und substanzielle BAföG-Reform

zum Wintersemester 2016/17, die aus dem Bundeshaushalt finanziert wird.



Bild: CDU/Laurence Chaperon

Dies war und ist mir ein besonderes Anliegen, denn wir müssen das BAföG an die Lebenswirklichkeit von Studierenden, Schülerinnen und Schülern anpassen. Nicht weniger bedeutsam ist die Einigung, die im Koalitionsvertrag versprochenen drei Milliarden Euro zu den Investitionen des Bundes in Forschung und Entwicklung zu geben.

Besonders freue ich mich darüber, dass nun der Weg für die notwendige Grundgesetzänderung im Wissenschaftsbereich frei ist. Neben der Finanzierung von Forschung über die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird zukünftig die Möglichkeit bestehen, Hochschulen nicht nur projektbezogen, sondern auch langfristig mit Bundesmitteln zu fördern. Mit diesem Aufbruch in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik wurden entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes vorgenommen. ■

Waffenlieferungen in den Irak zur Bekämpfung des Islamischen Staates (IS)

Am 1. September 2014 stimmte in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages eine sehr große Mehrheit nach kontroverser Debatte für Waffenlieferungen an die Kurden zur Unterstützung

des Kampfes gegen den Islamischen Staat. Dieser Schritt ist notwendig, da religiöse Minderheiten bedroht werden, die Not der Menschen vor Ort gelindert werden muss und auch unsere Sicherheitsinteressen betroffen sind.

Bereits im Vorfeld der Sondersitzung bekräftigte die Bundesregierung ihren Wunsch, neben humanitären Mitteln auch Waffen, die aus den vorhandenen Beständen der Bundeswehr gestellt werden sollen, in den Irak liefern zu wollen.

Am 5. September 2014 wurde auf dem NATO-Gipfel im walisischen Newport mit deutscher Unterstützung eine internationale Allianz gegen den IS ins Leben gerufen. Neben Deutschland zeigten auch Großbritannien, Frankreich, Italien, Polen, Australien, Dänemark, Kanada, Türkei und die USA Bereitschaft zur weiteren vertieften Hilfe der Kurden, um den Vormarsch des IS Einhalt zu gebieten.

Ich habe für die Waffenlieferung gestimmt, weil ich die Auffassung vertrete, dass angesichts der schrecklichen Verbrechen und der Vertreibung Hunderttausender zusehender Pazifismus den Menschen nicht helfen wird. Der IS ist weder für Verhandlungen zu gewinnen noch mit den Mitteln herkömmlicher Abschreckung von seinem Eroberungswahn abzuhalten. Wir können uns nicht wegduckern. Deswegen ist es richtig, dass Deutschland in dieser Ausnahmesituation Ausrüstung und Waffen in den Irak liefert, damit die Kämpfer der kurdischen Regionalregierung gegen den IS bestehen können.

Zum Hintergrund:

Die Lage im Irak und in Teilen Syriens verschärfte sich in den letzten Wochen zunehmend. Aus diesem Grund hatte das amerikanische Militär bereits im Juni beschlossen, Luftangriffe zu fliegen, um den Kurden am Boden bei ihrem Kampf gegen die Milizen zu helfen.

Die Milizen des Islamischen Staates wollen in ganz Syrien und im Irak ein islamisches Kalifat errichten und nutzen dafür die staatlichen

Auflösungserscheinungen Syriens und des Iraks für ihre Zwecke.

Bislang ist es den Milizen des IS gelungen, circa ein Drittel des syrischen Staatsgebietes unter ihre Kontrolle zu bringen. Auf ihrem Weg zum islamischen Kalifat morden, verschleppen, vergewaltigen und zerstören sie alles und jeden, der nicht streng nach ihrer Vorstellung des Islams lebt.

Entstanden ist die Organisation aus dem irakischen Widerstand heraus. Ihr Ziel ist die Einführung der Scharia auf syrischem und irakischem Staatsgebiet inklusive eines „16-Punkte-Katalogs“. Nach diesem sind der Konsum und Verkauf von Alkohol, Drogen und Tabakwaren ebenso untersagt wie das Tragen von Waffen, das Abhalten von Versammlungen, „Götzen-Bildnisse“ und „Schreine“. Frauen müssen „züchtig-bedeckende Kleidung“ tragen und gemeinhin zuhause bleiben. Verlautbarungen in Moscheen unterliegen der Zensur. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030 - 227 - 7 55 49
Fax 030 - 227 - 7 65 49

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Praktikanten in meinem Bundestagsbüro

Nadine Minet

Mein Name ist Nadine Minet und ich studiere Politikwissenschaft mit dem Nebenfach Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim im 3. Semester.



Gerade als angehende Politikwissenschaftlerin war es ein großer Wunsch ein Praktikum im wichtigsten deutschen Staatsorgan zu machen. Die Art und Weise, wie durch die parlamentarische Arbeit unsere Gesellschaft gestaltet wird und wie in den Ausschüssen neue Gesetze und Regelungen konzipiert werden, ist für mich von großem Interesse.

Während meiner Praktikumszeit erhielt ich einen Einblick in die verschiedensten Bereiche der alltäglichen Arbeit eines Abgeordneten. So durfte ich beispielsweise mit auf AG Sitzungen, Ausschusssitzungen und Plenarsitzungen. Vor allem in den AG und Ausschusssitzungen konnte ich mir ein sehr gutes Bild über die parlamentarische Arbeitsweise machen. Besonders spannend war dies zudem, da ich gerade in der konstituierenden Phase der neu gewählten Großen Koalition, mein Praktikum absolvierte. Dadurch dass die Ausschüsse erst zu Beginn meines Praktikums feststanden, konnte ich bei der Einarbeitung in die finanzpolitischen sowie familienpolitischen Themen behilflich sein und teilhaben. Vor allem Rechercharbeiten und das Erstellen von Übersichten sowie das Beantworten von Bürgeranfragen gehörten zu meinen täglichen Aufgaben. Durch die angenehme Atmosphäre im Abgeordnetenbüro von Markus Koob, machte mir die Arbeit zusätzlich mehr Spaß. Ich wurde gleich am ersten Tag sehr herzlich begrüßt und mit in das Team aufgenommen. Das Vorurteil, die alltägliche politische Arbeit sei trocken, konnte ich bereits nach kurzer Zeit widerlegen.

Ein letzter und nicht ganz unbedeutender Punkt, weshalb sich ein Praktikum im Bundestag lohnt, ist die Stadt Berlin an sich. Berlin hat ein ganz besonderes Flair. Allein der tägliche Gang zur Arbeitsstelle durch das Brandenburger Tor hat etwas Einzigartiges. Nach getaner Arbeit gibt es neben den bekannten Sehenswürdigkeiten immer wieder kleinere Orte zu entdecken; sei es nur ein nettes Café im Prenzlauer Berg oder ein schöner Park im Sommer. Auch abends wird es in Berlin nie langweilig. Beispielsweise gab es zahlreiche Abendveranstaltungen, an denen wir oftmals als gesamtes Büro teilgenommen haben. So durfte ich beispielsweise mit auf zwei Neujahrsempfänge, zu Maybrit Illner und zur Preisverleihung „Sterne des Sports“.

Alles in allem kann ich ein Praktikum im Deutschen Bundestag nur weiterempfehlen. Durch die neu gewonnen Erfahrungen im Abgeordnetenbüro von Markus Koob konnte ich einen umfassenden Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten bekommen. Den von mir gewünschten Praxisbezug zu meinem Studium habe ich in jeden Fall erhalten, da ich durch die große Offenheit und Herzlichkeit der Mitarbeiter einen sehr weiten Einblick in die alltägliche Arbeit im Deutschen Bundestag bekommen konnte. Die vier Wochen im Abgeordnetenbüro waren für mich eine sehr lehrreiche und intensive Zeit. Die abstrakte Vorstellung, welche ich über die parlamentarische Arbeit hatte, gehört nun der Vergangenheit an, da ich in dieser kurzen Zeit sehr viele neue Eindrücke und einen guten Überblick über die spannende alltägliche Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und der Büromitarbeiter erhalten konnte und somit mein politisches Verständnis erweitern konnte.

Alexander Jackson

Ein spannendes Gefühl war es, in die Stadt zurückzukehren, in welcher ich fünf Jahre meiner Schulzeit verbracht hatte. Das politische Berlin hatte schon damals eine große Anziehungskraft auf mich. So durfte ich als Sternsinger im Schloss Bellevue dem damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau die Geburt des Christkinds überbringen. Auch Jürgen Trittin durfte ich einmal bei einem Tag der offenen Tür um ein Autogramm bitten.



Diese Erlebnisse haben mich von früher Jugend an schon sehr an Politik gereizt. Dies war wohl der Grund, weswegen ich mich mit fünfzehn Jahren entschloss mich politisch zu engagieren. Ich bin dann in die Junge Union eingetreten, welche für mich die politische Heimat ist.

Deswegen war mir klar, dass ich, als Student der Rechtswissenschaften, eines meiner Praktika im politischen Berlin absolvieren wollte. Was lag also näher, als meinen Wahlkreisabgeordneten zu fragen, ob er nicht mich als seinen Praktikanten aufnehmen könnte? So kam es dann auch, am 1. April – kein Scherz – begann mein Praktikum. Als ich am ersten Tag um 8:30 Uhr an der Pforte der Dorotheenstraße 101 in Empfang genommen wurde, war ich sehr aufgeregt, was mich in den nächsten vier Wochen erwarten würde.

Gleich zu Beginn wurde ich von dem außerordentlich sympathischen Büro als vollwertiger Kollege mit eigenen Aufgaben freundlichst in Empfang genommen. So durfte ich nebst Besuchen in den Arbeitsgruppen und Ausschüssen den Aufenthalt einer großen Besuchergruppe aus dem Wahlkreis Herrn Koobs organisieren.

Besonders die Arbeitsgruppen- und Ausschussarbeit, Herr Koob ist Mitglied des Finanz- sowie des Familienausschusses, war sehr interessant. Zu sehen, wie die politische Arbeit und Positionierung innerhalb der Fraktion abläuft und wie dies anschließend in der Ausschussrunde vertreten wird, ist hochspannend. Diese Abläufe bleiben in der Regel selbst dem politisch Interessierten aus der Ferne verborgen.

Herr Koob ist jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, weswegen ich für ihn für diese Funktion eine Übersicht der momentanen jugendpolitischen Positionen der großen Parteien erstellen

durfte. Auch wenn mich dies einige Tage beschäftigt hat, ist eine so tiefgehende Auseinandersetzung mit diesem Thema sehr lehrreich.

Nicht weniger lehrreich, aber etwas abwechslungsreicher sind die vielen Abendveranstaltungen, welche vor allem in den Sitzungswochen stattfinden. Drei Termine an einem Abend sind für einen Abgeordneten wohl die Regel. An einem solchen Abend habe ich Herrn Koob begleiten dürfen. Der Abend begann mit einer Podiumsdiskussion über Jugendmedienschutz. Die zweite Veranstaltung war eine des Verbandes der Chemieindustrie und der Abend klang in der Hessischen Landesvertretung mit dem Abend des Deutschen Handwerks aus. Jede Veranstaltung mit ihrem besonderen Reiz und Fokus auf ein bestimmtes Thema. Und bei dem letzten Termin hatte ich das Glück den Staatsminister im Kanzleramt, Dr. Helge Braun, kennenzulernen. Er hat sich viel Zeit genommen für ein Gespräch über die Berliner Politik und über seine ersten Wochen im Bundeskanzleramt.

Teilweise unterirdisch war an dem Praktikum nur eines – die vielen Wege. Das ist sicherlich einer der coolsten Dinge an dem Praktikum, abseits vom politischen Geschäft. Viele der Liegenschaften des Bundestages sind unterirdisch per Tunnel oder per Brücke miteinander verbunden. Das ist echt ein ziemlich beeindruckendes Gefühl, wenn man über die Wege läuft, die der breiten Öffentlichkeit in der Regel nicht offen stehen. Auch die Bibliothek des Deutschen Bundestages, im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, welche ich zeitweise zum Schreiben einer Hausarbeit nutzen durfte, ist sehr imposant.

Insgesamt habe ich in Berlin eine sehr spannende Zeit erlebt, viele nette Menschen kennengelernt und viel Neues gesehen. Ein Praktikum im Bundestagsbüro von Markus Koob kann ich uneingeschränkt empfehlen, es bietet wahnsinnig viel!

Michelle Boy

Mein Praktikum in dem Bundestagsabgeordnetenbüro von Markus Koob, MdB, war eine rundum spannende und eindrucksvolle Erfahrung. Ich habe viele neue Einblicke in die unterschiedlichsten Bereiche erhalten und erleben können, wie Politik ganz praktisch und im Alltag gehandhabt wird. Sowohl über die politische Struktur in Deutschland, als auch zum Beispiel über die Geschichte des Reichstagsgebäudes habe ich sehr viel gelernt. Generell war

es natürlich toll, zwei Wochen in der Hauptstadt zu verbringen, aber durch das Praktikum habe ich in Bereiche hineinsehen können, wie ich es als normale Touristin nicht gekonnt hätte.



Herr Koob und alle seine Mitarbeiter sind sehr nett, hilfsbereit und sympathisch und haben mich von Anfang an sofort als Teil des Teams aufgenommen. Wir haben täglich alle gemeinsam in einer der vielen Kantinen auf dem Gelände zu Mittag gegessen und ich wurde mehrfach zu Veranstaltungen nach Feierabend eingeladen.

Alle Mitarbeiter haben offenbar Wert darauf gelegt, dass mir während meines Praktikums möglichst interessante und abwechslungsreiche Aufgaben übertragen wurden. Sie haben mir viel gezeigt und erklärt und mich generell, sofern möglich, überall hin mitgenommen und bei Besprechungen teilhaben lassen. Dadurch habe ich nicht nur Erfahrungen in allgemeiner Büroorganisation machen können, sondern noch in vielem mehr. Beispielsweise weiß ich jetzt, wie die Aufzeichnung einer Fernseh-Politdebatte abläuft und wieviel Arbeit in der Vorbereitung einer Bundestagsrede steckt.

Durch das Praktikum habe ich nicht nur viele Einblicke in die Berufswelt allgemein erhalten, es hat sich auch mein Bild über die Politik stark verändert. Politik ist für mich nun greifbar geworden und auch wenn ich nicht glaube, dass ich einmal in diesem Bereich arbeiten werde, kann ich es dennoch auf keinen Fall ausschließen.

Ich bin sehr froh, dass ich die Möglichkeit zu einem Praktikum im Bundestag bekommen habe und freue mich sehr über die vielen unvergesslichen Erfahrungen, die ich dort gemacht habe.

Sebastian Sommer

Am Wochenende besuchte ich unsere Bundeshauptstadt und nahm dort an dem vom Besucherdienst des Deutschen Bundestags organisierten Planspiel „Jugend und Parlament“ teil. 300 Abgeordnete des Bundestags durften einen jungen Erwachsenen aus ihrem Wahlkreis für dieses Planspiel auswählen und ich bin mehr als glücklich darüber, dass Markus Koob mir diese Möglichkeit gegeben hat.



Von Samstag bis einschließlich Dienstag wurde der Alltag im Deutschen Bundestag simuliert. So war ich selbstverständlich Mitglied einer Fraktion, beriet mich mit den anderen Teilnehmern inhaltlich im Innenausschuss zum Thema Datenschutz und nahm während der Plenarsitzung auf den blauen Stühlen im Plenarsaal Platz. Ich machte dabei interessante Erfahrungen, wie Politik und Parlament funktionieren. Besonders beeindruckt war ich davon, dass wir uns wie „richtige“ Abgeordnete frei im Reichstagsgebäude und den umliegenden Bürohäusern bewegen durften und man so wirklich das Gefühl bekam ein Teil des Bundestages, zumindest für diese vier Tage, zu sein.

Das gut gefüllte Programm des Planspiels enthielt auch wirklich einige Höhepunkte. So zum Beispiel war ich von der Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert begeistert, der uns junge Menschen dazu aufforderte die Politik mitzugestalten und nicht nur zuzuschauen. Dass Politik Spaß bereitet, hat das Wochenende wirklich bewiesen. Es war ein großartiges Erlebnis!